Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten betreffend den Besuch einer KZ-Gedenkstätte oder einer vergleichbaren Einrichtung im Rahmen der Schullaufbahn und des Integrationsprozesses

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten,

1. um eine Lehrplanänderung zu erwirken, welche den Besuch einer KZ-Gedenkstätte, eines jüdischen Museums oder einer vergleichbaren Einrichtung für alle Schüler ab dem 14. Lebensjahr samt pädagogischer Begleitung und ausreichender Vor- und Nachbereitung vorsieht, und
2. um unter den gleichen Rahmenbedingungen den Besuch einer dieser Einrichtungen für Menschen im fortgeschrittenen Integrationsprozess einzuführen.

Begründung

Der Besuch einer KZ-Gedenkstätte oder einer vergleichbaren Einrichtung im Sinne einer lebendigen Erinnerungskultur ist von enormer Bedeutung, da er eine unmittelbare Auseinandersetzung mit der Geschichte ermöglicht. Historische Wissensvermittlung und die Konfrontation mit den Schicksalen von Opfern des NS-Regimes können zur Prävention gegen jede Form des Extremismus beitragen. Um diese Auseinandersetzung allen Schichten unserer Bevölkerung zugänglich zu machen, muss sowohl im Schulbereich als auch im Integrationsprozess angesetzt werden.

Im Bereich der Schulen hängt es jedoch bisher vom Engagement der jeweiligen Lehrkräfte ab, ob Schüler im Laufe ihrer schulischen Laufbahn eine KZ-Gedenkstätte oder etwa eines der jüdischen Museen besuchen. Vorfälle in der jüngsten Vergangenheit haben aber gezeigt, dass eine Radikalisierung gerade von Jugendlichen, insb. im Internet auf Social-Media-Plattformen, rasch und ohne großes Aufsehen erfolgen kann. Aber auch wer in Österreich leben und Teil unserer Gesellschaft werden möchte, muss sich nicht nur mit unseren Normen und Werten, sondern ebenso mit unserer Geschichte auseinandersetzen.

Der Besuch einer dieser Einrichtungen muss daher auch Gegenstand des fortgeschrittenen Integrationsprozesses sein. Nichtsdestotrotz muss in beiden Fällen sichergestellt werden, dass ein solcher Besuch in eine gute pädagogische Vor- und Nachbereitung eingebettet ist. Dazu soll auf die von den Gedenkstätten entwickelten Programme und Methoden zurückgegriffen werden.

Ziel dieser Präventivmaßnahmen soll es sein, dass nach Möglichkeit jede Person während ihrer Schullaufbahn bzw. im Integrationsprozess einmal eine KZ-Gedenkstätte bzw. ein jüdisches Museum besuchen kann, um dadurch einen pädagogisch begleiteten Eindruck von den Gräueltaten des NS-Regimes vermittelt zu bekommen. Gerade in Zeiten von zunehmendem Antisemitismus unterschiedlichsten Ursprungs und eines allgemeinen Anstiegs extremistischer Aktivitäten kann der Besuch einer dieser Einrichtungen sinnvolle Aufklärungsarbeit leisten.

Linz, am 28. Jänner 2025

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stanek, Angerlehner, Aspalter, Manhal, Kirchmayr, Lengauer, Weber, Staudinger

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr, Handlos, Fischer, Schießl, Graf, Dim, Hofmann, Kroiß, Gruber, S. Binder

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Wahl, Knauseder, Margreiter, Engleitner-Neu, Haas, Höglinger, Heitz, P. Binder, Antlinger, Strauss, Schaller

(Anm.: Fraktion der Grünen)

Engl, Vukajlović, Schwarz, Bauer, Mayr, Ammer

(Anm.: NEOS-Fraktion)

Eypeltauer